

Menschenrechte konkret – Integration im Alltag

Referate des 2. Basler Menschenrechtssymposiums und weitere Beiträge

veranstaltet von der
Forschungsgemeinschaft Mensch im Recht, Basel

herausgegeben von:
Denise Buser, Natalie Berger, Felix Hafner,
Claudia Mund, Béatrice Speiser

HELBING & LICHTENHAHN

Basel · Genf · München

© 2005 by Helbing & Lichtenhahn Verlag, Basel
ISBN 3-7089-2391-2

Menschenrechte konkret – Integration im Alltag

Referate des 2. Basler Menschenrechtssymposiums
und weitere Beiträge

Herausgeber von der
Forschungsgemeinschaft Mensch im Recht, Basel

Herausgegeben von:
Irene Buser, Nathalie Beyer, Felix Hahner,
Claudia Mund, Béatrice Speiser

Bibliographische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet abrufbar:
<http://dnb.ddb.de>

Gedruckt mit Unterstützung der Freiwilligen Akademischen Gesellschaft, Basel.

Die Druckvorlagen wurden von den Herausgebern reprofertig geliefert.

Dieses Werk ist weltweit urheberrechtlich geschützt. Das Recht, das Werk
mittels irgendeines Mediums (technisch, elektronisch und/oder digital)
zu übertragen, zu nutzen oder ab Datenbank sowie via Netzwerk zu kopieren
und zu übertragen oder zu speichern (downloading), liegt ausschliesslich
beim Verlag. Jede Verwertung in den genannten oder in anderen als den
gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf deshalb der vorherigen schriftlichen
Einwilligung des Verlags.

ISBN 3-7190-2391-5

© 2005 by Helbing & Lichtenhahn Verlag, Basel

HELBING & LICHTENHAHN

Postfach 101, CH-4001 Basel

Inhalt

VII Vorwort

- 1 **Wozu noch Recht?**
Denise Buser
- 19 **Wie gerecht ist die psychotherapeutische Betreuung der psychisch Leidenden?**
Viktor Hobi
- 27 **Reichweite und Grenzen des Diskriminierungsverbotes bei der Integration in die Einwanderungsgesellschaft**
Christoph A. Spenlé
- 51 **Sozialer Ausgleich**
Ueli Mäder
- 67 **Beziehungen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften in der Schweiz**
Felix Hafner / Georg Gremmelspacher
- 87 **Wo liegt Afrika? – Gedanken zur Seelsorge in der Ausschaffungshaft**
Peter Willi
- 109 **Verfassungsrechtliche Fragen zur Ausschaffungshaft – eine Causerie**
Peter Uebersax
- 129 **Mobbing und Menschenwürde im Arbeitsverhältnis**
Andreas Nabholz / Marion Parry
- 137 **Richter, Recht und Menschlichkeit**
Fritz Rapp
- 151 **Recht auf Zeit – eine Vision?**
Béatrice Speiser
- 161 **Die Autorinnen und Autoren**

Sozialer Ausgleich

Ueli Mäder

Soziale Gegensätze nehmen in der Schweiz und im globalen Kontext zu. Sie erhöhen das Konfliktpotenzial. Sozialer Ausgleich fördert indes den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eine Sozialpolitik, die diesem Anliegen dient, ist Menschenrechts- und Friedenspolitik.

Soziale Ungleichheit liegt vor, wenn Mitglieder einer Gesellschaft oder verschiedener Gesellschaften dauerhaft in unterschiedlichem Mass über notwendige oder begehrte Güter verfügen. Es geht dabei nicht um individuelle Unterschiede wie Grösse, Hautfarbe oder körperliche Kraft, sondern um die Verteilung von Wohlstand, Ansehen und Macht.

Die Frage nach der sozialen Ungleichheit wird, sofern in der Soziologie noch thematisiert, vorwiegend auf den Aspekt der Armut fokussiert. Wie aber steht es mit dem Reichtum? Für ein umfassendes Verständnis der sozialen Ungleichheit und für friedenspolitische Perspektiven ist die ganze Bandbreite der Verteilung von Geld und Lebenschancen wichtig. Einflussreiche Sozialethiken stellen den Reichtum seit der alttestamentarischen Zeit als grundsätzlich positiv und notwendig hin. Sie postulieren einen verantwortlichen Gebrauch des Reichtums im Sinne des Allgemeinwohls und des sozialen Ausgleichs (Mäder 1999, S. 14). So erfolgte nach dem Zweiten Weltkrieg der Wiederaufbau in Westeuropa mit dem Versprechen, zumindest eine sozial regulierte Marktwirtschaft anzustreben. Diese sollte die Arbeitnehmenden an einen gemässigten Kapitalismus binden und systemgefährdende Radikalisierungen sozialer Interessenkonflikte vermeiden. Neoliberale Ideologien weichen heute von diesen Vorstellungen ab. Sie versuchen, die einseitige Verteilung des Eigentums zu legitimieren.

Elisa Streuli und ich sind der Frage nachgegangen, wie Reiche selbst die soziale Verträglichkeit ihres Reichtums beurteilen (Mäder/Streuli 2002). Ich beziehe hier das von Reichen geäusserte Selbstverständnis auf das sozialethische Postulat des sozialen Ausgleichs, kontrastiere das Postulat mit der Situation erwerbstätiger Armer und skizziere Perspektiven für einen sozialen Ausgleich – im Sinne einer umfassenden Menschenrechts- und Friedenspolitik, die auch den globalen Kontext berücksichtigt.

1. Reichtum in der Schweiz

Wenn Armut das „untere Ende“ einer materiellen Verteilung bezeichnet, handelt es sich beim Reichtum um das „obere Ende“. Die deutsche Reichtumsforschung setzt die Reichtumsgrenze bei 200 Prozent des durchschnittlichen Einkommens. Sie berücksichtigt dabei die Haushaltsgrösse. In der Schweiz liegt diese relative Reichtumsschwelle von 200 Prozent für einen Einpersonenhaushalt bei rund 100 000 Franken netto pro Jahr (2002). Eine vierköpfige Familie gilt ab einem Haushaltseinkommen von 200 000 Franken als reich. Wichtiger als das Einkommen ist das Vermögen. Nach *Huster* (1997, S. 13) kann ein Vermögen dann als „Reichtum“ bezeichnet werden, wenn die Erträge ohne Erwerbsarbeit einen gehobenen Lebensstandard ermöglichen. Um jährlich 100 000 Franken zu generieren, ist (bei einer Kapitalrendite von 5 Prozent), ein Vermögen von 2 Millionen Franken erforderlich. In der Schweiz besitzen rund 120 000 Haushalte (3 Prozent) ein Vermögen von über einer Million Franken, 12 000 Haushalte (3 Promille) besitzen 5 Millionen Franken oder mehr (*ESTV* 1999). Die 120 000 Millionärshaushalte (3 Prozent) verfügen über die Hälfte der gesamten Privatvermögen bzw. über gleichviel Geld wie die andern 97 Prozent der Haushalte. 3 Promille der privaten Haushalte verfügen über ein Viertel des gesamten Privatvermögens. Sie besitzen mit durchschnittlich 15 Millionen Franken fast achtzig mal soviel Vermögen, wie es ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht. Die Kluft zwischen dem obersten und dem untersten Dezil hat in den vergangenen dreissig Jahren stark zugenommen.

1.1. Gespräche mit Reichen

Wir führten im Rahmen unserer Arbeit über den „Reichtum in der Schweiz“ vertiefende Gespräche mit dreissig reichen Personen. Dabei orientierten wir uns am qualitativen Interview. Mit narrativem Zugang versuchten wir auch, mehr über die Lebensgeschichten der Reichen zu erfahren. Bei der Auswahl der InterviewpartnerInnen kombinierten wir einfache Quoten- und Schneeballverfahren mit dem Ansatz eines "theoretical sampling". Wir stützten uns zunächst auf die Liste der dreihundert Reichsten (*Bilanz* 12/2000) und eine Typologie von *René Levy* (1997). Er gliedert die Reichen in drei Gruppen. Zur ersten zählen Angehörige aus Familien der ehemaligen Aristokraten und Patrizier. Die zweite Gruppe setzt sich aus Mitgliedern von Familien zusammen, die mit der Industrialisierung reich geworden sind. Die dritte Gruppe ist mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der Nachkriegszeit in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts ent-

standen. Als vierte Gruppe bezogen wir die Software-MillionärInnen ein, die mit Informations- und Kommunikationstechnologien reich geworden sind. Zu dieser Gruppe gehören auch ManagerInnen und UnternehmerInnen, die ihr Kapital dem Börsenboom der 1990er-Jahre verdanken.

Erste Kontakte kamen über persönliche Beziehungen zustande und erwiesen sich als recht unkompliziert. Eigene sportliche Aktivitäten (nicht Golf) waren hilfreich. Weitere Kontakte ergaben sich über die Empfehlungen unserer InterviewpartnerInnen, die wir jeweils nach „ganz anderen Reichen“ fragten, um so auf möglichst verschiedene Personen zu stossen. Die meisten Reichen erlaubten uns auch, die Gespräche auf Band aufzunehmen. Unser Ziel bestand darin, einen ersten Einblick zu erhalten, um Orientierungshypothesen bilden zu können.

Bei den Leitfaden-Gesprächen stand die Frage nach der Sozialverträglichkeit des Reichtums im Vordergrund. Wie die Interviews dokumentieren, gibt es sehr unterschiedliche Reiche: Stolz Reiche, die machtbewusst, manchmal sogar protzend, mit ihrem Einfluss umgehen; verschämte Reiche, die ihren Reichtum verbergen und ihr Licht unter den Scheffel stellen; grosszügige und „knauserige“ Reiche, progressive, konservative Reiche und viele Schattierungen dazwischen. Die Unterschiede sind beträchtlich. Aber lassen sich auch Gemeinsamkeiten feststellen?

Auf unsere Interviews abgestützt, entwickelten wir zehn Annahmen, die weiter zu prüfen und zu fundieren wären. Sie lauten stark vereinfacht:

Erstens: Viele reiche Menschen verfügen über ein Selbstverständnis, das selbstbewusst wirkt. Ihr Selbstvertrauen deutet auf eine gut ausgestattete Grundsicherheit hin.

Zweitens: Reiche Menschen geraten öfters in Situationen, die folgenschwere Entscheidungen erfordern und Krisen auslösen können. Das hängt mit der Verwaltung des Reichtums und der beruflichen Position zusammen, aber auch mit der persönlichen Tendenz, offensive Strategien zu wählen, die eher konfliktiv sind.

Drittens: Reiche Menschen stellen sich, auch wenn sie nach weiterem Reichtum trachten, häufig die Frage nach dem Sinn des Lebens. Gerade weil sie scheinbar fast alles haben (können), erhält diese Frage ein besonderes Gewicht. Die einen setzen sich damit quasi philosophisch auseinander. Sie lieben es, im trauten Kreis oder wenn immer möglich, darüber zu diskutieren. Andere leiden unter der Ungewissheit und dem Bewusstsein der Endlichkeit. Christlich motivierte Reiche wissen, dass der Mensch nicht vom Brot allein lebt. Sie kennen den Bibelspruch, nach dem „eher ein Kamel durch ein Nadelöhr geht, denn ein Reicher in den Himmel kommt“.

Viertens: Kinder von Reichen haben besondere Gründe, weshalb sie sich oft recht einsam fühlen. Die einen wachsen auf einer schönen Insel

auf, auf der sie aber nicht zeitlebens verweilen können; andere erleben schon früh turbulente Stürme, die tendenziell Mechanismen der Abschottung fördern.

Fünftens: Reiche Menschen sind bezüglich vieler Alltagsfragen eher aufgeschlossen. Sie legen bei ihren Lebensentwürfen viel Wert auf eine gute Ausbildung. Eine erhöhte Sensibilität ist gegenüber ökologischen Fragen feststellbar.

Sechstens: Reiche sind kulturell besonders interessiert und engagiert. „Alte Reiche“ fördern vorwiegend traditionelle Einrichtungen wie die Oper und das klassische Theater. „Neue Reiche“ unterstützen gerne avantgardistische Projekte.

Siebtens: Auch die soziale Frage liegt vielen Reichen am Herzen. Menschen, die unverschuldet in Not geraten, sollen gezielt unterstützt werden. Wer reich ist, soll freiwillig dazu beitragen. Grosse Skepsis besteht gegenüber staatlich verordneter Umverteilung.

Achtens: Reiche Menschen favorisieren das Primat der Wirtschaft. Sie haben grosses Vertrauen in die Marktkräfte. Dem Staat billigen sie eine bloss korrektive Ordnungsfunktion zu. Was sozio-ökonomische Vorstellungen betrifft, haben Reiche, auch wenn sie persönlich gerne in neue Technologien investieren, eher wertkonservative Haltungen.

Neuntens: Reiche schreiben die Vermehrung ihres Reichtums überwiegend persönlichen Fähigkeiten zu. Sie attestieren das auch Personen, die hauptsächlich viel geerbt haben. Wer reich ist, scheint in unserer stark individualisierten Gesellschaft daran ein persönliches Verdienst zu haben. Reiche haben – teilweise wegen ihrer materiellen Ressourcen – das Gefühl, über aussergewöhnliche Fähigkeiten zu verfügen.

Zehntens: Reiche Menschen verbindet – bei allen Unterschieden – eine innere Verwandtschaft. Sie erkennen sich gegenseitig am Habitus und den feinen Unterschieden, auch wenn sie äusserlich nur wenig voneinander wissen.

1.2. Alter und neuer Reichtum

Um Typen reicher Menschen zu differenzieren, bräuchte es eine breiter angelegte Untersuchung. In unserer Vorstudie stellen wir Reiche vor, die Unternehmen aufbauen oder liquidieren, das Erbe selber vermehren oder verwalten lassen, das Kapital risikoreich oder zurückhaltend anlegen, Vermögen erhöhen oder zerstören, sich als Anleger, Händler, Industrielle betätigen. Wir beschreiben reiche Männer, die auf-, ab-, um- oder ausgestiegen sind, Frauen, die Karrieren ermöglichen oder selber machen, junge und alte

Reiche, Angehörige alter Familiendynastien, Mäzeninnen und Manager. Die Aufzählung zeigt nochmals, wie vielfältig das keineswegs homogene „Lager der Reichen“ ist.

Wenn wir die Komplexität stark reduzieren und die Frage nach der sozialen Verträglichkeit des Reichtums aufgreifen, fällt zunächst zweierlei auf: Erstens der einkehrende Pragmatismus, der heute hinter vielen gemeinnützigen Investitionen steckt; zweitens das zunehmende Engagement reicher Frauen im sozialen und kulturellen Bereich. Ein Indiz für den Pragmatismus ist der Übergang von („à fonds perdu“) Schenkungen zum gezielten Sponsoring, wobei zu präzisieren wäre, welche Motive sich jeweils hinter der Grosszügigkeit verbergen. Vermutlich gab es schon früher viel Berechnendes, wenn Gutes getan wurde, sei es, um den sozialen Frieden zu wahren, soziale Gegensätze auszugleichen, den eigenen Reichtum zu legitimieren oder einen „göttlichen“ Auftrag zu erfüllen.

Was heute die vielen spendefreudigen Frauen betrifft, weisen gängige Interpretationen auf unterschiedliche geschlechtsspezifische Mentalitäten hin. Ein wichtiger Grund liegt indes in der demographischen Entwicklung. Es gibt einfach mehr alte Frauen und Erbinnen als alte Männer. Vereinfachend stellen wir allerdings zwei Reichtumstypen fest: den alten und den neuen Reichtum. Der alte, vererbte und versteckte Reichtum ist stärker von paternalistischen Haltungen begleitet, während beim neuen, enttabuisierten Reichtum das Geld schneller fliesst bzw. berechnender und transparenter eingesetzt wird. Der alte Reichtum ist stärker in Basel verbreitet, der neue in Zürich.

Bei unseren Fragen zum Staatsverständnis kamen – nebst vielfältigen Differenzierungen – auch bedeutende Übereinstimmungen zum Vorschein, so etwa eine grosse Skepsis gegenüber der Wirksamkeit und Notwendigkeit staatlicher Einrichtungen. Sozial-staatliche Institutionen wurden teilweise als „notwendiges Übel“, teilweise als „Luxus“ bezeichnet. Der Tenor lautete: So wenig Staat wie nötig. Beim Nachfragen zeigte sich, wie unpräzise die Kenntnisse über das Ausmass staatlicher Ausgaben sind. Es wurden in der Regel viel zu hohe Staats- und Sozialquoten genannt. Auch wurde nur selten zwischen der Sozialleistungs- und der Soziallastquote unterschieden. Einstellungen zur Staatsfrage sind offenbar stark ideologisch geprägt und widersprüchlich. Es gibt Reiche, die mehr Selbstverantwortung fordern und gleichwohl dem Staat, den sie kritisieren, die Zuständigkeit für alle möglichen Probleme zuschieben. Auf der Grundlage unserer Vorstudie können wir allerdings bloss feststellen, dass uns diese Haltung aufgefallen ist. Interessant und weiterführend wäre hier der Vergleich mit weiteren Bevölkerungsgruppen. Vielleicht förderte er, was das Verhältnis zum Staat betrifft, unerwartet grosse Übereinstimmungen zutage.

1.3. Subsidiarität und Solidarität

Die meisten Reichen, mit denen wir gesprochen haben, betrachten ihren Reichtum als sozial- verträglich. Sie begründen dies mit der Bedeutung der Wirtschaft für das gesellschaftliche Wohl, mit den Steuerabgaben, den Spenden sowie mit sozial ethischen Überlegungen. Bei diesen steht die Bereitschaft im Vordergrund, nach dem Grundsatz der Subsidiarität persönliche Verantwortung zu übernehmen und zu stärken. Die gesellschaftliche Hilfe soll erst dann erfolgen, wenn die Selbsthilfe eines Individuums oder einer Gruppe nicht ausreicht.

Die Subsidiarität ist durch die christliche Soziallehre bekannt geworden. 1891 veröffentlichte Papst Leo XIII. die Sozialenzyklika „*Rerum Novarum*“. Im Vordergrund stand der Versuch, die durch die Industrialisierung ausgelösten sozialen Probleme und Konflikte aufzufangen. In der „*Enzyklika Quadragesimo Anno*“ beschreibt Papst Pius XI. (1931) den „*Grundsatz des hilfreichen Beistandes*“. Was der einzelne Mensch aus eigener Initiative mit seinen Kräften leisten kann, darf ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden. Es verstösst gegen die Gerechtigkeit, für die übergeordnete Gemeinschaft das in Anspruch zu nehmen, was das kleinere Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen kann. Jedwede Gesellschaftstätigkeit soll indes die Glieder des Sozialkörpers unterstützen.

Auf das abstrakte Ordnungsprinzip der Subsidiarität beziehen sich heute recht unterschiedliche Handlungsanleitungen. Wirtschaftsliberale Kräfte begründen damit eine Politik der Einschränkung sozialstaatlicher Interventionstätigkeit und der Stärkung der Marktkräfte. Konservative Kreise verstehen darunter eine Festigung traditionaler Gemeinschaften. Progressive deuten den Begriff im Sinne von Freiräumen für Selbstorganisation und selbstbestimmte Lebensstile. *Oswald von Nell-Breuning* (1980) verknüpft ihn unabdingbar mit der Solidarität. Der Jesuitenpater lehnt eine pragmatische Hervorhebung der privaten Selbsthilfe ab. Er betont die Pflicht der Gemeinschaft, ihren Gliedern hilfreich zu sein. Das erfordert keine abwartende Haltung. Hilfe ist auch eine Investition. Sie ermöglicht es den Menschen, sich selber zu helfen. Ohne Gemeinschaft, die stets Vorleistungen erbringt, kann das Individuum nicht existieren. Ohne Solidarität gibt es keine Subsidiarität. Zu dieser Tradition der christlichen Soziallehre gehört auch das Postulat der sozialen Verpflichtung des Eigentums.

1.4. Feine Unterschiede

Reiche spenden viel Geld für soziale Projekte. Sie bevorzugen tendenziell die private Umverteilung und wenden sich gegen staatliche Massnahmen wie eine Kapitalgewinnsteuer. Was einst als Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung diskutiert wurde, wird heute selten thematisiert. Michael Schefczyk (NZZ, 3.12.01) stellt eine Entpolitisierung der Frage fest, nach welchen Regeln gesellschaftlicher Reichtum zu verteilen sei. Auch in der Sozialstrukturforschung verlagert sich der Blick von der vertikal geschichteten auf die horizontal gegliederte Ebene (Geissler 2001, S. 537 f.). Die Klassenmodelle des 19. Jahrhunderts unterschieden die Werk tätigen noch recht kategorisch vom Bürgertum nach dem Kriterium der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Analysen sozialer Schichten und Klassen (von Theodor Geiger u.a.) definierten ab den 1930ern Menschen(gruppen) etwas differenzierter nach ihren äusseren Lebensbedingungen (Beruf, Qualifikationen, Einkommen, Besitz), sowie nach inneren psychischen Merkmalen. Der Blick galt dabei nach wie vor primär den vertikalen Ungleichheiten. Das änderte sich im Verlaufe des 20. Jahrhunderts. Seit den 1980er Jahren beziehen verschiedene Theorien sozialer Lagen – nebst materiellen Ressourcen – das subjektive Wohl (Lebenszufriedenheit) stärker ein. Die horizontalen Ungleichheiten stehen auch bei Modellen sozialer Milieus im Vordergrund, die sich seit den 1990er Jahren verbreiten und auf Menschen beziehen, die sich in der Lebensauffassung und Lebensweise ähneln und quasi subkulturelle Einheiten innerhalb der Gesellschaft bilden. Grosse Bedeutung kommen hierbei der gemeinsamen Wertorientierung und dem Lebensstil zu. Die Lagen- und Milieuanalysen weisen auf wichtige Differenzierungen hin, laufen aber Gefahr, trotz gesellschaftlicher Gegensätze, soziale Klassen zu vernachlässigen und eine Entwicklung zu suggerieren, die von Klassen und Schichten zu sozialen Lagen und Milieus führe.

Gerhard Schulze kommt in seiner Studie über „Die Erlebnisgesellschaft“ (1992) zum Schluss, dass die Suche nach Glück die Sorge um das materielle Überleben abgelöst habe und die horizontal strukturierten Erlebnismilieus eine immer grössere Bedeutung erlangten. Das erlebnisorientierte Denken ersetzt laut Schulze das produkteorientierte. Bei der Erlebnisorientierung gehe es mehr um den subjektiven, beim produkteorientierten um den materiellen Nutzen. Der Hobbygärtner löse mit seinem Ziergarten die Bäuerin mit ihren Kartoffeln ab. Dem Reich der Notwendigkeit folge das Reich der Freiheit, der Leistungs- folgt die Personenorientierung, dem Haben das Sein. Der Alltag werde zur Lebensbühne und zur Verlängerung der Innen-

welt. Symbolwelten scheinen frei wählbar zu sein. Gesellschaft scheint zur Episode zu verkommen.

Nach *Pierre Bourdieu* (1998) beeinflussen vielmehr die äusseren Faktoren die Denk- und Handlungsmuster bzw. den Habitus eines Menschen, wobei die soziale Klassenlage nicht kausal determiniert. Es gibt auch feine Unterschiede, die sich über Titel, Kleidung, Sprache, Manieren und den Geschmack äussern. Der Lebensstil ist weder frei wählbar noch beliebig; er folgt vielmehr dem sozialen Rang. Die feinen Unterschiede äussern sich darin, wie man grilliert oder den Tisch deckt. Bourdieu orientiert sich an der Marx'schen Tradition, nach welcher das Sein das Bewusstsein bestimmt. Schulze hält sich mehr an Ulrich Beck, der die selbstreflexive Moderne dadurch kennzeichnet, dass das Bewusstsein das Sein prägt.

Wenn reiche Menschen, was durchaus möglich ist, ihre Spendefreudigkeit weiter ausbauen, ändert das wenig an der strukturellen sozialen Ungleichheit, die – über persönliche Haltungen hinaus – weiter zu ergründen ist. In unserer Arbeit finden sich erfreuliche Beispiele von Reichen, die sich sozial engagieren. Gleichwohl hat die Kluft zwischen den untersten und obersten zehn Prozent der Einkommens- und Vermögensverteilung zugenommen. Der Soziologie kommt die Aufgabe zu, differenziert zu erhellen, was das bedeutet. Dabei stellt sich die Frage, ob die Existenzsicherung vom Goodwill einzelner Reicher abhängen soll oder mehr gesellschaftliche Verbindlichkeit erfordert. Wichtig ist die Transparenz des Reichtums. Wer den Reichtum untersucht, muss – nebst den Spenden der Reichen – auch die Subventionen an die Reichen berücksichtigen und die Armut bzw. das andere Ende der sozialen Ungleichheit einbeziehen.

2. Erwerbstätige Arme

„Ein guter Tag ist ein Tag, an dem der Dow-Jones-Index gut steht“, sagt ein Zwanzigjähriger, der Betriebswirtschaft studiert. Andere Menschen haben andere Sorgen und Freuden. Zum Beispiel die sog. working poor, Menschen, die erwerbstätig sind und unter dem Existenzminimum leben. Immer mehr von ihnen sind auf Sozialhilfe angewiesen. Was tun, damit sie keine Unterstützung mehr benötigen? Mit dieser Frage befasst sich die von Stefan Kutzner, Carlo Knöpfel und mir geleitete Nationalfondsstudie über „working poor“ (*Kutzner/Mäder/Knöpfel* 2004).

Im Jahre 1999 gehörten in der Schweiz 7,5% der 20–59-jährigen Erwerbstätigen zu den working poor (*Streuli/Bauer* 2002, S. 3). Das sind 250 000 Personen. Wenn wir die Haushaltsmitglieder einbeziehen, erhöht sich die Zahl auf 535 000 Personen bzw. auf 60% der Armen; darunter be-

finden sich 232000 Kinder. Sie verteilen sich auf zwei Drittel der Haushalte. Der Anteil der working poor erhöhte sich zwischen 1992 und 1999 bei den Familien mit zwei und mehr Kindern von 11 auf 17 Prozent, bei den Alleinerziehenden von 15 auf 30 Prozent. Im selben Zeitraum haben sich bei der Sozialhilfe die Ausgaben auf rund fünf Milliarden Franken verdreifacht, die Unterstützten auf 300000 Personen verdoppelt und der Anteil der working poor auf 15 Prozent erhöht. Probleme bereiten zunächst die tiefen Löhne. Auch Kinder erweisen sich als Risiko. Hätten die einkommensschwachen Haushalte während der 1990er-Jahre ihren Erwerbsanteil nicht erhöht, gäbe es noch mehr working poor. Aber was sind working poor? Die Definitionen sind unterschiedlich. Differenzen betreffen den Erwerbsgrad, die Armutsgrenze sowie die Frage, ob wir von Einzelpersonen oder von Haushalten ausgehen. Je nachdem ergibt sich ein anderes Bild. Ein hoher Erwerbsgrad schliesst beispielsweise die Alleinerziehenden aus. Ich betrachte als working poor erwerbstätige Personen und deren Familienmitglieder, die in einem Haushalt unter der Armutsgrenze (nach dem Ansatz der Sozialhilfe) leben.

Was ist zu tun, damit die working poor keine Sozialhilfe benötigen? So lautet die Hauptfrage unserer Studie. Sie konzentriert sich auf die Kantone Basel-Stadt und Fribourg, die sich bezüglich der Sprache (Deutsch, Französisch), der Konfession (reformierte bzw. überwiegend katholische Bevölkerung), der Lage (zentral, peripher) und der wirtschaftlichen Struktur (dienstleistungs-, industrieorientiert) deutlich voneinander unterscheiden.

2.1. Kulturen der Armut?

Die Studie über working poor hat einen quantitativen und einen qualitativen Teil. Der quantitative besteht aus einer standardisierten Befragung von 255 aktuellen und 140 ehemaligen working poor-Haushalten. Beim qualitativen Teil stehen offene Interviews mit 42 aktuellen und ehemaligen working poor-Haushalten im Vordergrund, zusammen mit 23 Leitfaden-Gesprächen mit Verantwortlichen von Sozialdiensten und weiteren Fachleuten. Die Studie basiert auf Theorien der sozialen Ungleichheit und der dynamischen Armutsforschung. Interessant sind die beiden Ansätze von *Oscar Lewis* (*The Culture of Poverty*, 1966) und *Charles Valentine* (*Culture and Poverty*, 1968). Sie beziehen sich auf innere und äussere Faktoren der Armut. Die inneren Faktoren betonen die individuellen Aspekte und das quasi eigenständige Milieu, die äusseren Faktoren betonen die strukturellen Bezüge sowie das dominante gesellschaftliche Gefüge. Wir wollen die beiden Ansätze miteinander verknüpfen. Dabei geht es auch um die Bedeu-

tung unterschiedlicher Ressourcenausstattung. *Pierre Bourdieu* (1983) nennt als solche das wirtschaftliche Kapital (Vermögen), das soziale Kapital (Beziehungen) und das kulturelle Kapital (Bildung). Diese Differenzierung ist für die Analyse der sozialen Ungleichheit und der working poor bedeutend.

Oscar Lewis unterscheidet den Lebensstil armer Menschen von dem anderer Gesellschaftsmitglieder. Er stellt fest, dass sich die Lebensstile von Armen in verschiedenen Gesellschaften ähneln und leitet aus seinen Beobachtungen eine gemeinsame Kultur ab. Diese beinhaltet Verhaltensweisen, die gelernt und weiter vermittelt werden. Sie äussern sich in bestimmten Wertvorstellungen. Die Annahme einer Kultur der Armut geht davon aus, dass sie in relativ eigenständigen Milieus lokalisiert ist, in denen jeweils eigene und spezifische Handlungsorientierungen ausgebildet sind.

Lewis interpretiert die Kultur der Armut als Ausdruck einer eigenständigen Lebensform, die über die Sozialisation an kommende Generationen weitergegeben wird. Auf der individuellen Ebene sieht Lewis ein Gefühl der Abhängigkeit, der Resignation und des Fatalismus. Hinzu kommt eine Präferenz für die Gegenwart. Auf der gesellschaftlichen Ebene weist er auf die mangelnde Integration in das öffentliche Leben hin. Die Armen gehören selten einer Gewerkschaft oder einer anderen Vereinigung an. Sie beteiligen sich kaum an Parteiaktivitäten, besuchen keine Museen und beziehen sich stark auf die eigene Familie. Lewis betrachtet die Kultur der Armut nicht bloss als Reaktion der Armen auf ihre randständige Existenz in einer Gesellschaft, die durch Klassenschichtung und Individualismus geprägt ist. Die Kultur der Armut vermittelt selbst Handlungsorientierungen, die von den Armen verinnerlicht und von einer Generation an die nächste weitergegeben werden. Sie perpetuiert die Armut und verfestigt Merkmale zu Mechanismen, die den Fortbestand der Armut begünstigen. Fatalistische Einstellungen und resignative Verhaltensweisen erleichtern das Akzeptieren der Situation.

Forschungsarbeiten, die in verschiedenen Gebieten mit Niedrigeinkommen durchgeführt wurden, lassen Zweifel an der These der Kultur der Armut aufkommen. *Charles Valentine* (1968) stellt fest, wie sich Arme in der Lokalpolitik engagieren, die institutionellen Angebote nutzen, Mietervereinigungen und Quarterräte bilden. Er betont, dass die Lebensstile der Armen vielfältige Unterschiede aufweisen und soziale Benachteiligungen nicht durch kulturelle Zwänge entstehen. Der Kulturbegriff impliziert, dass das Verhalten der Armen über den Sozialisationsprozess verinnerlicht wird, sich als wandelresistent erweist und an festen Werten orientiert. Nach Lewis wird eine Kultur der Armut zwar durch Umstände wie die Arbeitslosigkeit oder niedrige Einkommen gefördert. Wenn die Subkultur der niedrigen Einkommensgruppen aber etabliert ist, entfaltet sie eine eigene Dynamik,

die auch bei veränderten Umständen bestehen bleibt, da die Kultur der Armut von den Normen und Werten der Mehrheitskultur einer Gesellschaft weitgehend abgekoppelt ist.

Valentine (1968) wendet sich dagegen, das Verhalten der Armen als eine Reaktion auf verinnerlichte kulturelle Muster zu interpretieren. Er versteht deren Verhalten als eine Reaktion auf strukturelle und situative Zwänge. Anders ausgedrückt: Die Armen werden durch objektiv erfassbare Tatsachen wie niedrige Einkommen oder Arbeitslosigkeit gezwungen, so zu handeln, wie sie es tun. An diesem Ansatz orientieren sich Vorstellungen, die davon ausgehen, dass working poor primär ein ergänzendes Einkommen benötigen und ihr Verhalten verändern, sobald sich die Umstände verbessern. Arme orientieren sich an zentralen gesellschaftlichen Normen. Sie halten an gängigen Werten fest, auch wenn sie nur beschränkt in der Lage sind, entsprechende gesellschaftliche Ansprüche zu erfüllen. Arme übernehmen nach diesem Ansatz soweit als möglich die Einstellungen und Verhaltensweisen der „Mehrheitskultur“.

Ein vielversprechender Ansatz, wie sich Struktur und Kultur verbinden lassen, findet sich bei Pierre Bourdieu. Er kritisiert, dass die Entdeckung kultureller Lebensstile dazu führt, die Gesellschaft mehr als Episode denn als Struktur zu betrachten und den Alltag mit einer Lebensbühne zu verwechseln. Äussere Faktoren beeinflussen den Habitus, die Dispositionen, Denk- und Handlungsmuster. Sie finden sich in Distinktionszeichen und distanzierenden Handlungen über Titel, Kleidung, Sprache und Manieren. Die sozialen Klassen lassen sich nicht nur über das ökonomische Kapital bestimmen. Zur Ressourcenausstattung gehören, nebst Einkommen und Vermögen, auch das kulturelle Kapital in Form von Ausbildung und das soziale Kapital, das in Beziehungen und Vernetzungen seinen Ausdruck findet.

Die Analyse der working poor, die Sozialhilfe erhalten, zeigt, wie wichtig die Merkmale Nationalität und Geschlecht gerade bei den Beziehern niedriger Löhne sind. Hinzu kommt der Faktor Alleinerziehung. Er fällt deshalb ins Gewicht, weil sich die soziale Sicherung an der traditionellen Familie mit Vollzeitbeschäftigung orientiert. Kinder zu haben ist heute ein wichtiger Risikofaktor, ebenso die mangelnde berufliche Qualifizierung. Aber was hat dazu geführt, dass ehemalige working poor keine Unterstützung mehr benötigen? Zu den häufigsten Gründen zählen der Stellenwechsel, die Ausweitung des Erwerbsgrades und der Wegfall der Versorgungspflicht. Der Ausstieg führt also öfters über Veränderungen der familiären Situation (Rückgang der Unterstützungspflichten) und der beruflichen Qualifikation (Stellenwechsel).

2.2. Auswege aus der Sozialhilfe

Die Gespräche mit den Fachleuten in der Studie über erwerbstätige Arme weisen darauf hin, dass auch die Sozialhilfe vielfältige Möglichkeiten hat, die Perspektiven der working poor zu verbessern. Sie kann beispielsweise die finanziell Unterstützten beraten, eine Massnahme, die qualifiziertes Personal erfordert. Unverkennbar sind derzeit recht unterschiedliche Bestrebungen. Einerseits sollen die Inter-Departementale-Zusammenarbeit und die wirkungsorientierte Verwaltungsreform die Abläufe vereinfachen und die Handlungsmöglichkeiten erweitern, andererseits führen neue Formen der Bürokratisierung dazu, Aufgaben hin und her zu schieben. Als befremdlich empfinden working poor, die aus psycho-somatischen Gründen eine einfache Arbeit annehmen, dass sie bei der Sozialhilfe zwar als KundInnen angesprochen werden, aber jenen komplizierten Mechanismen begegnen, von denen sie sich abwenden wollten. Zwiespältige Anreizsysteme führen mit einseitiger Optimierung der Effizienz dazu, dass soziale Einrichtungen zumindest äusserlich jenem System ähneln, das KlientInnen als krank machend erleben. Das beeinträchtigt die Hilfe. Probleme lassen sich nicht mit den selben Mechanismen lösen, durch die sie verursacht werden. Die Sozialhilfe wurde bislang häufig dafür kritisiert, gesellschaftliche Probleme zu individualisieren. Bei den working poor läuft sie eher Gefahr, die persönliche Dimension der sozialen Desintegration zu verkennen.

Die Sozialhilfe darf jedenfalls nicht (länger) davon ausgehen, dass working poor dank der Erwerbstätigkeit sozial integriert sind und lediglich finanzielle Unterstützung benötigen. Umfassende Standortbestimmungen mit den einzelnen Sozialhilfe Beziehenden können die soziale Integration fördern. Bei der Weiterbildung ist darauf zu achten, dass sich die Programme an Anforderungsprofile halten, die in der Reichweite der working poor liegen. Wichtig sind kulturelle Aktivitäten. Musikkurse erweitern das Beziehungsnetz und den Horizont. Sie verbessern die Lernfähigkeiten und beruflichen Perspektiven. Auszeiten (Mutter-, Vaterschafts-, Kinder- und Elternurlaube) ermöglichen mehr Distanz zum Alltagsstress. Die Aufgabenteilung zwischen Sanktion und Beratung ist besser zu klären und transparenter zu gestalten. Die Sozialhilfe muss mehr Sensibilität für die eigene Machtposition entwickeln. Sie soll bei der Beratung auf personelle Kontinuität achten und über das Steueramt jene working poor (Dunkelziffer) erreichen, die trotz Berechtigung keine Sozialhilfe beziehen. Die Sozialhilfe soll auch die Wirtschaft stärker in die Verantwortung einbeziehen, beispielsweise über Verhandlungen und verbindliche Einzelfallregelungen. Sie soll ungenügende Entlohnungen offen legen und damit den Druck auf ArbeitgeberInnen erhöhen. Die Sozialhilfe kann die Ablösung der working poor fördern. Vor-

dringlich bleiben jedoch wirtschafts- und sozialpolitische Massnahmen. So gilt es beispielsweise, den sozialen Wohnungsbau zu fördern und die Kinderzulagen zu erhöhen.

Die Sicherung des ökonomischen Kapitals erfordert existenzsichernde Einkommen. Um das zu erreichen, sind die unteren Löhne anzuheben und die Grundsicherung auszuweiten. Ein garantiertes Grundeinkommen könnte beispielsweise dazu beitragen, unattraktive Arbeiten besser zu entlohnen und zu verteilen; es könnte unbürokratische Überbrückungshilfen gewähren, persönliche Freiheiten erweitern und soziale Risiken auf die ganze Gesellschaft verteilen. Das Grundeinkommen könnte auch die ausgeprägte Erwerbsorientierung relativieren, die soziale Fertigkeiten teilweise verkümmern lässt. Die Debatte dynamisiert jedenfalls die langwierige Diskussion über Reformen der sozialen Sicherheit, die es stärker mit der Konflikt- und Friedensforschung zu verknüpfen gilt. Denn die Zunahme der sozialen Ungleichheit verursacht nicht nur viel individuelles Leid, (was zentral ist); sie gefährdet auch vehement den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

3. Soziale Konsequenzen

Der Begriff soziale Konsequenzen hat einen Doppelcharakter. Er impliziert sowohl Folgen als auch Folgerungen. Diese beziehen sich auf die soziale Ungleichheit in der Schweiz und auf den globalen Kontext.

3.1. Von der Resignation zur Empörung

In stark individualisierten Gesellschaften wie der Schweiz wahren viele sozial Benachteiligte nach aussen den Schein, alles sei, wie es sein müsse. Sie strecken sich nach der Decke und geben den Stress weiter, den sie bei der Arbeit, auf der Stellensuche oder auf dem Sozialamt erleben. Dies nach dem Muster des „Tretens nach unten“. Wer sich ohnmächtig fühlt, empfindet das Bessere zuweilen als Bedrohung. Es fordert zum Handeln auf, von dem befürchtet wird, dass es scheitern und weitere Defiziterfahrungen mit sich bringen könnte. Konsumorientierte Verhaltensmuster bieten, kulturell gefestigt, imaginäre Sicherheiten an (Richter 2002, S. 119). Sie stützen die Konformität. Knappheit verstärkt auch die rivalitätsbezogene Sozialisation. Sie ist ein Nährboden für Ressentiments. Ständiger Aktivitätsdruck entspricht dem dominanten Leistungsideal: Was helfen könnte, macht Angst. So halten auch viele Familien mit niedrigen Einkommen an den Normen der expansionistischen Konkurrenz fest. Sie verteidigen die illusionären

Vorbilder ihrer Anpasstheit. Doch wenn die Normerfüllung zum wichtigsten Inhalt wird, gerät die emotionale Basis in Gefahr.

Die Überforderung erhöht die Labilität des Selbstwertes. Der Normenkodex, an dem das heranwachsende Kind sein Verhalten misst, übersteigt seine realen Möglichkeiten. Ängste der Eltern übertragen sich. Das sind Mechanismen, wie wir sie im Rahmen der Basler Armutsstudie (Mäder *et al.* 1991) (ausgeprägt) und teilweise auch in der Untersuchung über „Working poor in der Schweiz“ (Kutzner/Mäder/Knöpfel 2004) feststellen konnten. Bei den jüngsten Gesprächen mit erwerbstätigen Armen fiel uns indes auf, wie viele working poor die zunehmende soziale Ungleichheit kritisieren. Dies insbesondere im Kontext des allgemein vorhandenen Reichtums und der hohen Managerlöhne. (Die geäußerte) Wut und Empörung lassen sich als Zeichen einer Veränderung deuten, die eher zum sozialen Handeln führt als zur Resignation. Darin sehe ich eine Chance. Die Verunsicherung kann aber auch die Bereitschaft fördern, zu simplifizieren statt zu differenzieren und Halt bei populistischen (Handlungs-)Angeboten zu suchen. Der soziale Ausgleich kann diese Gefahr mindern – lokal und global.

3.2. Globale Trends

Globalisierung bedeutet weltweite Verflechtung: wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch, kulturell. Sie ist ein altes Phänomen. Drei Viertel der Erdoberfläche wurden in fünfhundert Jahren europäisch kolonisiert. Neu ist der rasante Anstieg des Welthandels und der Finanzströme. Der Einfluss der Wirtschaft nimmt zu, jener der Politik ab. Institutionelle Verbindlichkeiten weichen sich auf. Der Anteil armer Länder nahm am stark gewachsenen Welthandel zwischen 1994 und 2000 um mehr als die Hälfte ab (Strahm 2003, S. 9). Während dieser Zeit sank der Anteil Afrikas von acht auf zwei Prozent, derjenige Lateinamerikas von elf auf fünf Prozent. Die 49 ärmsten Entwicklungsländer fielen von rund einem auf 0,4 Prozent zurück. Auch die Austauschverhältnisse, die Terms of Trade, verschlechterten sich weiter. Im Jahr 1980 mussten für ein Schweizer Sackmesser 4,2 Kilogramm Kaffeebohnen exportiert werden, 1990 schon 6,9 Kilo und 2001 bereits 10,5 Kilo. Seit 1990 stagniert die Zahl der rund 1,2 Milliarden Menschen, die mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen müssen. Mit 272 Milliarden Dollar überstiegen im Jahr 2001 allein die abfließenden Kapitalerträge sämtliche Kapitalzuflüsse (Entwicklungshilfe, Privatkapital, etc.) um 32 Milliarden. Die Rückflüsse zur Schuldentilgung sind dabei noch nicht berücksichtigt. Während die Preise für industriell gefertigte Güter tendenziell steigen, sinken jene für Rohstoffe und Primärgüter (im Vergleich). Weil sich

die Austauschbedingungen verschlechtern, erzielen viele Entwicklungsländer mit mehr Exporten weniger Erlös. Die verschärfte Standortkonkurrenz zwischen den reichen Zentren erhöht den Rationalisierungsdruck. Das wirtschaftliche Wachstum belastet auch die Umwelt. Ein Fünftel der Menschen verbrauchen in Industrieländern vier Fünftel der Weltenergie. Nach wie vor verbraucht eine Person, die in den Vereinigten Staaten lebt, durchschnittlich etwa gleich viel Energie (auf Erdöl umgerechnet) wie 2 Personen in Deutschland, 2,2 in der Schweiz, 9 in China, 17 in Indien oder 58 in Bangladesh. Der Treibhauseffekt und die Erwärmung der Erdoberfläche lassen den Meeresspiegel ansteigen. Sie zwingen Millionen von Menschen zur Migration.

Theorien der Modernisierung nehmen an, dass der Wohlstand allmählich ins „Hinterland“ sickert. Doch der erhoffte Effekt lässt auf sich warten. 500 Unternehmen kontrollieren zwei Drittel des weltweiten Handels. Die Zentralisierung der Wirtschaft berührt politische Grundlagen wie das Territorialprinzip (feste Grenzen), das Souveränitätsprinzip (staatliches Gewaltmonopol) und das Legalitätsprinzip (verbindliches Vertragswesen). Die Aufweichung bestehender Prinzipien erhöht die Verunsicherung und den Ruf nach einer starken Hand, die für Ordnung sorgen soll. Rasche Veränderungen und komplexe gesellschaftliche Strukturen verleiten dazu, Halt in Vereinfachungen zu suchen (Dahrendorf 1999, S. 45 f.). Mit der Globalisierung formieren sich neue fundamentalistische Strömungen, aber auch zivilgesellschaftliche Bewegungen, die sich lokal abstützen, eine Entwicklung von unten intendieren, die sich global vernetzen, für den sozialen Zusammenhalt engagieren und versuchen, die wirtschaftliche Expansion und Macht ein wenig zu kontrollieren. Konzepte einer sozialen Globalität plädieren dafür, den wirtschaftlich dominierten Globalismus durch eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung abzulösen. Sie schlagen vor, die Preise für Rohstoffe an jene für industriell gefertigte Güter anzupassen. Nach Berechnungen der Vereinten Nationen (UN) würde den Entwicklungsländern die Hälfte des Mehrerlöses genügen, um ihre existenziellen Bedürfnisse zu befriedigen. Stabile Abnahmequoten und Preise könnten helfen, die Produktion aufzufächern und die Abhängigkeit von einzelnen Exportgütern zu mindern. Diese hier nur angedeuteten Vorschläge gehen davon aus, dass die Zentralisierung der Wirtschaft ein politisches Korrektiv braucht. Wenn es nicht gelingt, dem liberalisierten Welthandel mit der forcierten Konkurrenz, neuer Monopolbildung und Reichtumskonzentration ein starkes Element des sozialen Ausgleichs und gesellschaftlichen Zusammenhalts entgegenzusetzen, befinden wir uns laut dem Soziologen Ralf Dahrendorf (ebd.) auf dem Weg in ein autoritäres 21. Jahrhundert, das bornierte nationalistische und provinzialistische (Gegen-)Kräfte stärkt.

Literatur

- Pierre Bourdieu*, Die feinen Unterschiede – Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a.M. 1998.
- Pierre Bourdieu*, Das Elend der Welt, Konstanz 1997.
- Pierre Bourdieu*, Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: *Reinhard Kreckel* (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten, Göttingen 1983, S. 183–198.
- Ralf Dahrendorf*, in: *Ulrich Beck*, Anmerkungen zur Globalisierung, Frankfurt a.M. 1999, S. 41–55.
- ESTV, Eidgenössische Steuerverwaltung, Gesamtschweizerische Vermögensstatistik der natürlichen Personen 1997 (hrsg. 1999).
- Rainer Geissler*, Facetten der modernen Sozialstruktur – Modelle und Kontroversen, in: *Victoria Jäggi/Ueli Mäder/Katja Windisch*, Entwicklung, Recht, Sozialer Wandel, Basel 2001, S. 537–553.
- Walter Hanesch et al.*, Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Reinbek b. Hamburg 1994.
- Stefan Hradil*, Soziale Ungleichheiten, Milieus und Lebensstile in den Ländern der Europäischen Union, in: *ders. et al* (Hrsg.), Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich, Opladen 1997, S. 475–519.
- Ernst-Ulrich Huster* (Hrsg.), Reichtum in Deutschland, Die Gewinner in der sozialen Polarisierung, Frankfurt a.M. 1997.
- Reinhard Kreckel* (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten, Göttingen 1983.
- Stefan Kutzner /Ueli Mäder/Carlo Knöpfel*, Working poor in der Schweiz, Wege aus der Sozialhilfe, Zürich 2004.
- Oscar Lewis*, The Culture of Poverty, in: *Scientific American* 1966, N. 215: 19–24.
- Robert E. Leu/Stefan Burri/Tom Priester*, Lebensqualität und Armut in der Schweiz, Bern 1997.
- René Levy*, Die Schweizerische Sozialstruktur, Zürich 1997.
- René Levy et al.*, Tous égaux? De la stratification aux représentations, Zürich 1997.
- Ueli Mäder et al.*, Armut im Kanton Basel-Stadt, Basel 1991.
- Ueli Mäder*, Für eine solidarische Gesellschaft, Zürich 1999.
- Ueli Mäder/Elisa Streuli*, Reichtum in der Schweiz, Zürich 2002.
- Sighard Neckel*, Die Macht der Unterscheidung, Frankfurt a.M. 2000.
- Oswald von Nell-Breuning*, Gerechtigkeit und Freiheit, Grundzüge katholischer Soziallehre, Wien 1980.
- Gerhard Schulze*, Die Erlebnisgesellschaft, Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt a.M. 2000 (Original 1992).
- Horst E. Richter*, Das Ende der Egomanie, Köln 2002.
- Rudolf Strahm*, Der wilde Welthandel, Work-Dossier, Zürich 2003.
- Elisa Streuli/Tobias Bauer*, Working Poor in der Schweiz – Konzepte, Ausmass und Problemlagen, Neuchâtel 1992.
- Charles A. Valentine*, Culture and Poverty: Critique and Counter-Proposals, Chicago 1968.